

Das Tagebuch Kaiser Friedrichs vor Gericht.

Im „Reichsanzeiger“ finden wir heute die folgenden Rundmahnungen:

„Der Ministerpräsident hat auf Allerhöchsten Befehl das nachfolgende Schreiben an den Justizminister gerichtet:

Berlin, 28. Sept. 1888.

„Ew. Excellenz beehre ich mich, in der Anlage Abschrift eines Immediatberichts vom 23. d. mit der Eröffnung verbunden mitzutheilen, daß Se. Majestät die von mir darin gestellten Schlußanträge genehmigt, die Veröffentlichung des Berichtes befohlen und sich beantragt haben, Ew. Excellenz um Ausführung der Allerhöchsten Willensmeinung zu eruchen.

b. Bismarck.

An den königlichen Staats- und Justiz-Minister Herrn D. v. Fredberg Excellenz.

Der in dem Schreiben in Bezug genommene Immediatbericht vom 23. d. lautet wie folgt:

Friedrichs, 28. Sept. 1888.

Auf Ew. Kaiserlichen Majestät Befehl beehre ich mich, bezüglich des in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlichten angeblichen Tagebuchs des hochseligen Kaisers folgendes zu berichten: Ich halte dieses „Tagebuch“ in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Se. Majestät hat der damalige Kronprinz stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verbindungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unwichtig berichtet sein. Ich befehle nicht die Erlaubnis des Königs über innere Fragen unserer Politik mit Ew. Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Se. Majestät einerlei Willensäußerungen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Bemerkungen der Mittel, die Ew. Königlichen Hoheit von politischen Maßregeln zweifelhafter Befähigung anzuweisen waren.

Der Kronprinz stand also außerhalb aller geschäftlichen Verbindungen. Nichtsdestoweniger ist es kaum möglich, daß bei rätlicher Nachsicht der empfangenen Einträge so viele Verhältnisse thatsächlich, namentlich aber chronologische Natur in den Aufzeichnungen enthalten sein könnten. Es scheint vielmehr, daß entweder die thätigen Aufzeichnungen selbst, oder doch spätere Vervollständigungen von jemand aus der Umgebung des Kronprinzen herrühren. Gleich in den ersten Zeilen wird gesagt, daß ich am 18. Juni 1870 den Frieden für gelichtet gehalten hätte, und deshalb nach Paris zurückkehren wollte, während allemal festgestellt, daß Se. Königliche Hoheit schon damals wußte, daß ich den Krieg für notwendig hielt und mir unter Nichts aus dem Mund nach Paris zurückkehren wollte, wenn er vermeiden würde und daß Se. Königliche Hoheit herein mit mir einverstanden war, wie das auch in den angeführten Aufzeichnungen vom 15. nach auf der ersten Seite des Abdruckes mit den Worten ausgedrückt ist, daß der Kronprinz mit mir darüber vollkommen einverstanden war, daß „Frieden und Nachgeben bereits unmöglich seien“. Es ist auch (S. 6.) nicht richtig, daß Se. Majestät der König damals nichts Wichtiges gegen die Mobilmachung eingewendet hätte. Se. Majestät glaubte, und der Kronprinz wußte dies, den Frieden noch halten und dem Lande den Krieg ersparen zu können; Se. Majestät war in Wamborn und während der ganzen Fahrt von da nach Berlin meiner Befürwortung der Mobilmachung unzugänglich. Aber sofort nach Vorlegung der Kaiserlichen Aede auf dem Berliner Bahnhofs, und nachdem Se. Majestät mir die wiederholte Vorlegung der Rede befohlen hatte, mit dieser alle gleichzeitigen mit französischer Kriegserklärung an sich, erfolgte der König Sich proprio nota und ohne weiteres Handeln zur Mobilmachung. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, über die Notwendigkeit der vollen Mobilmachung bereits am Tage vorher mit mir einverstanden, hat dann weitere Schwankungen durch Verkinigung der Königl. Entschädigung mit den Worten „Krieg! mobil!“ an das Publikum, d. h. an die anwesenden Offiziere, abgelehnt. Es ist ferner nach meinen damaligen Vorstellungen mit dem Kronprinzen nicht möglich, daß Se. Königliche Hoheit (S. 7) mit diesem Krige einer „Ablenkung im Kriegszustand vorausgehen“ haben soll, da Se. Königliche Hoheit die allgemeine Ueberzeugung theilte und zum Ausdruck brachte, daß dieser Krieg, wie er auch ausfallen möge, „die Eröffnung einer Reihe von Kriegen“, eines „kriegserregenden Jahres“ sein werde, democh aber unvermeidlich sei. So ist nicht möglich, daß der Kronprinz gesagt habe: „Er werde die Vertreibung des Elzener Kreuzes an Nicht-Franzen mit Wils durch“, da ich noch in Versailles, also Monate später, im Auftrag des Königs bei den Kronprinzen wiederholt zu bitten gehabt habe, mit der Vertreibung des Elzener Kreuzes auch an Nicht-Franzen vorgehen zu wollen, und Se. Königliche Hoheit dazu nicht sofort geneigt fand, es vielmehr wiederholter Anregung Sr. Majestät bedurte, um die befohlene Distinktion in Fluß zu bringen. Besonders auffällig bei Prüfung der Echtheit ist der chronologische Irrthum, daß eine lebhaftere Distinktion mit mir über die Zukunft Deutschlands und die Stellung des Kaisers zu den Fürsten erst in Versailles stattgefunden habe. Dieses Gespräch fand schon am 3. Sept. in Donchery statt, und theilweise bei einer noch früheren Verhandlung von mehrstündiger Dauer, von welcher ich mich nur entsinne, daß sie zu Versere, also wahrheitlich bei Beaumont oder Sedan stattfand. In Versailles haben Erörterungen von Meinungsverschiedenheiten zwischen Sr. Königlicher Hoheit und mir über die künftige Vertreibung Deutschlands nicht mehr stattgefunden. Ich darf vielmehr annehmen, daß Se. Königliche Hoheit sich von der Richtigkeit der von mir für das Erreichbare gezogenen Grenze überzeugt hat; denn ich habe mich bei den wenigen Gelegenheiten, wo die Zukunft Deutschlands und die Kaiserfrage in Gegenwart beider höchsten Herrschaften zur Sprache kam, des Einverständnisses Sr. Königlichen Hoheit den Gedanken Sr. Majestät gegenüber zu erweisen gehabt. Die Behauptung des „Tagebuchs“, daß Se. Königliche Hoheit beabsichtigt haben könne, Gewalt gegen unsere Bundesgenossen anzuwenden und denselben eventuell von ihren treu gehaltenen und mit ihrem Blute besiegelten Verträge zu brechen, ist eine Verleumdung des hochseligen Herrn. Derartige vom Standpunkt des Ehrgeizis über von dem der Politik gleich verwerfliche Gedanken mögen in der Umgebung Sr. Königlicher Hoheit Vertreter gefunden haben, aber sie waren zu unecht, um in dessen Hergen, und zu ungeschickt, um bei keinem politischen Freunde Anklang zu finden. Schonwenig stimmt mit den Thatsachen, was in dem „Tagebuch“ bezüglich meiner Stellung zur Kaiserkrone 1888, aber zur Infallibilitätsfrage über zu der des Oberhauses und des Reichstagesminister angeführt ist. Der Kronprinz ist nie darüber zweifel-

haft gewesen, daß das Kaiserthum 1888 weder möglich noch nützlich gewesen wäre, und ein „Norddeutscher Kaiser“ wohl ein „Emporer“ aber kein geschäftlich berufener Vermittler der nationalen Wiedergeburt Deutschlands gewesen sein würde. Ebenso war die Oberhaus-Idee in Donchery am 3. Sept. zwischen uns abgethan und Se. Königliche Hoheit überzeugt, daß die deutschen Könige und Fürsten für eine Annäherung ihrer Stellung an die der preussischen Herrscherlinie nicht zu gewinnen sein würden.

Die Infallibilität war mir stets gleichgültig, Sr. Königlichen Hoheit weniger; ich hielt sie für einen schlechtesten Schatz des damaligen Reiches und für Se. Königliche Hoheit, diese Frage während des Krieges wenigstens ruhen zu lassen, oder dem Eindruck, daß ich sie nach dem Kriege betreiben wollte, kam Se. Königliche Hoheit niemals gehabt und in ein täglich geführtes „Tagebuch“ eingetragen haben. Es ist nicht richtig, daß Se. Majestät der König den Entwurf zu dem Briefe an den Kaiser Napoleon am Graf Königitz beifügt habe; der Kronprinz war zugegen, als der König mit Befehl den Brief zu entwerfen, und dieser Entwurf vom Grafen Königitz der Allerhöchsten Genehmigung durch Vorlesen unterbreitet wurde; es ist auch hier nicht glaublich, daß bei einer täglichen Einzeichnung ein derartiger Irrthum vorkommen konnte.

Ich halte nach allem Inhalt des „Tagebuch“ in der Form, wie es in der „Rundschau“ abgedruckt ist, für unecht. Wenn es echt wäre, würde auf keine Veröffentlichung meiner Ansicht nach der Artikel 92 des Straltesgesetzes Anwendung finden, welcher lautet: „Wer vorläufig Staatsgeheimnisse oder Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, öffentlich bekannt macht, u. s. w. Wenn es überhaupt Staatsgeheimnisse giebt, so würde dazu, wenn sie wahr wäre, in erster Linie die Thatsache gehören, daß bei Herstellung des Deutschen Reiches Kaiser Friedrich die Absicht vertreten hätte, den süddeutschen Bundesgenossen die Treue und die Verträge zu brechen und sie zu verwerfeln. Eine Anzahl anderer Auführungen, wie die angeblichen Urtheile Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen über Ihre Majestät die Könige von Bayern und Württemberg, die Auführungen über den Brief des Königs von Bayern und dessen Entschädigung, die angeblichen Intentionen der preussischen Regierung gegenüber der Infallibilität fikteln, wenn sie wahr wären, ganz zweifellos in die Kategorie der Staatsgeheimnisse und der Nachrichten, deren Veröffentlichung den Bestand und die Zukunft des Deutschen Reichs, die auf der Einigkeit seiner Fürsten wesentlich beruhen, gefährdet, also unter Artikel 92 des Straltesgesetzes.

Wird die Publikation für echt gehalten, so liegt der Fall des Artikels 92 des Straltesgesetzes vor; wenn aber, wie ich annehme, die Veröffentlichung eine Fälschung ist, so tritt vielmehr in erster Linie der Artikel 92 II in Wirksamkeit, und wenn über dessen Zutreffen juristische Zweifel obwalten sollten, so werden außer Artikel 189 wegen Verletzung des Auktentens Verlorbener, wie ich glaube, auch andere Artikel des Straltesgesetzes die Unterlage eines gerichtlichen Einschreitens bilden können, durch welches wenigstens die Entschädigung und die Zwede dieser Urtheile, für die höchsten Kaiser Friedrich und Wilhelm und für andere vornehmlichen Publikation, an Nicht gesogen werden können. Daß dies geschehe, liegt im Interesse der beiden hochseligen Königer Ew. Majestät, deren Auktent ein werthvolles Besitztum des Volkes und der Spornie bildet, und vor der Entstellung bewahrt werden sollte; mit welcher die annehme, im Interesse des Ansehens und des innern Aufsehens erfolgte Veröffentlichung in erster Linie sich gegen den Kaiser Friedrich richtet.

In diesem Sinne bitte ich Ew. Majestät ehrsüchtigst mich hochzuermächtigen zu wollen, daß ich dem Justizminister Allerhöchster Befehl anzuwenden lasse, die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens gegen die Publikation der „Deutschen Rundschau“ und deren Urheber anzuweisen.

von Bismarck.

An Se. Majestät den Kaiser und König.

Deutsches Reich.

\* Berlin, 27. Sept. In der gestern unter dem Vorhitz des Staatssekretärs des Reichsjustizamts, Wirklichen Geht, Raths D. v. Schelling abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath den Abtheilungen Preussens und Hessens und dem gemeinschaftlichen Antrage Preussens und Hamburgs wegen erneuter Anordnungen aufgrund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verbrechen der Sozialdemokratie die Zustimmung. Sodann wurde über die Intrafsaktion des Gesetzes, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen für die Gebiete mehrerer Bundesstaaten, über die Wiederbelegung erledigter Stellen bei Disziplinarmassnahmen für elafstlohringische Beamte und Lehrer, über die Anordnung von in früheren Dienststellen zugebrachten Beiträgen bei der Feststellung des Ruhegehalts mehrerer Reichsbeamten, sowie über die Zollbehandlung verschiedener Gegenstände Beschluß gefaßt. Drei eingegangene sind: Vorlagen wegen Gründung eines Verbandes der Rassen zur Verhütung von Fährgefahrenen im deutschen Reichsgebiet, wegen Abänderung der formulare zur Montanstatistik, wegen der Bemessung der Steuern des Handels und der Bureauaufgabe der Wirtschaftlich-technischen Reichsanstalt, Ausführungs-Vestimmungen zu dem Gesetz über die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Reichsgebiets mit dem Auslande, ein Antrag, betr. die Bildung einer besonderen Willkür-Berufsgenossenschaft für das Gebiet des Königreichs Bayern ausfchließlich der Pfalz, der 4. und 5. Bericht der Vollzugs-Kommission für den Zollanschluß Bremens und der 8., 9. und 10. Bericht der Vollzugs-Kommission für den Zollanschluß Hamburgs, eine Vorlage wegen Errichtung eines Brauntweinsteuer-Grenzbezirks gegen Luxemburg, ein Antrag Preussens, betr. die Abänderung des Statuts der Danziger Privatbank und ein Antrag Württembergs auf Gestattung des Umlaufs von Scheidemünzen der Frankenswährung bei Rassen der württembergischen Eisenbahn- und Dampfmaschinen-Verbindungen. Sämmtliche vorberthendete Vorlagen sind nach einer Mittheilung des Vorsitzenden aufgrund des § 11 der Geschäftsordnung bereits den zukünftigen Ausschüssen zur Vorberatung überreichten worden. Der Vorsitzende theilte ferner mit, daß der Zeitpunkt, zu welchem der Anschluß von Hamburg und Bremen an das Zollgebiet erfolgen soll, vom Reichsanstalt aufgrund des Beschlusses des Bundesraths auf den 15. Okt. d. 3. festgesetzt worden ist.

o Berlin, 27. Sept. Gatten schon die letzten Jahre es dahin gebracht, daß die Nachrichten aus und über Afrika eine ständige Rubrik in unseren Zeitungen bilden, so ist es gegenwärtig dahin gekommen, daß die Africaberichte

mehr Interesse erregen, als Mittheilungen aus manchen europäischen Staaten. Es ist jedoch nicht allein ein bloß wissenschaftliches Interesse, welches unsere Aufmerksamkeit auf Afrika richtet, sondern andere praktische Gesichtspunkte kommen dabei in den Vordergrund. Insbesondere hat Afrika neuerliche Zeit an Wichtigkeit für Europa bedeutend gewonnen, dafür liegt ein unabweisbarer Beweis vor durch die Vermehrung und Einrichtung regelmäßiger Dampferlinien dahin. Innerhalb eines Monats haben jetzt zwei europäische Staaten wichtige Handelsrouten in ihren Beziehungen zu Afrika herbeigeführt. Zunächst laufen seit Anfang dieses Monats die Dampfer der Messageries maritimes aus ihrer Basis nach Madagaskar ab; außerdem, ihre Fahrten sind monatlich und die Schiffe gehen immer am 12. jeden Monats von Marseille ab. Dann aber hat die India line ihre Nebenlinien von Aen nach Sanfar und Bombay berartig verfrachtet, daß jetzt alle 14 Tage ein Dampfer diese Fahrt macht, während dies bisher nur alle Monate einmal geschah. Diese Verbindungen kommen natürlich auch Deutschland zugute, man hat jetzt monatlich eine dreimalige Verbindung nach Central-Afrika, anstatt der früheren nur einmaligen. Schon der erste Mailerliner Dampfer, der auf seiner Rückfahrt Sanfar angelaufen hatte, brachte die Post von dort etwa 6 Tage früher nach Deutschland als sie bisher erwartet werden konnte. Trotz dieser Verbesserung in dem Verkehr ist es doch ersichtlich, daß Deutschland, welches neben Großbritannien die meisten Interessen dort zu vertreten hat, keine eigene direkte Verbindung dahin hat und sich andere Staaten zuverkommen läßt.

Der für die XVII. Generalversammlung des deutschen Protestantenvereins in Bremen (10. und 11. Okt.) erstattete Bericht des hiesigen Vereines über die letzten beiden Monatsjahre (1. Nov. 1887—88) weist zunächst darauf hin, daß der Verein innerhalb der preussischen Landeskirche gegen die bekannte Klein-Regio-Hammerische Bewegung entschieden Stellung genommen hat und die von ihm vertretenen Richtung die einzige richtige Partei in Preussen ist, welche die Kirchenpolitik der preussischen Regierung unterstützt hat. Gegenüber den zahlreichen Verdrängungen, welche der Verein in seiner langjährigen Thätigkeit von den sog. konservativen Parteien erlitten hat, darf er mit Genugthuung darauf hinweisen, daß er in der schweren Zeit des Regierungswechsels voll und ganz die Rechte des Staats gegen die hierarchischen Eingriffe der Synodalmajoritäten geschützt hat. In der für die liberalen Bestrebungen so ungünstigen Zeit hat der Verein in nicht wenigen Bezirken einen bedeutenden Zuwachs erhalten. In Hamburg hat die theilweise Erneuerung der Kirchenvorstände eine entscheidende Majorität in der Synode herbeigeführt; in Göttingen hat sich infolge der Angriffe der orthodoxen Partei auf die alten Traditionen der Bistumsfreiheit ein Verein neu organisiert; in Darmstadt sind zahlreiche neue Mitglieder zugekommen; in Schleswig-Holstein'schen Landestheile haben die Gemeindevorstände in zahlreichen Bezirken einen Sieg der freikirchlichen Richtung erlangt; in der hiesigen Pfalz sind hervorragende kirchliche Arbeiter mit Mitgliedern des Vereines besetzt. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Vereines in Deutschland dürfte etwa 22,350 betragen (gegen 126 bei der ersten Vereinsbildung), welche theils in Landes-Verbänden (wie in der Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden), theils in isolaten Gruppen vereinigt sind. Durch den Tod hat der Verein hervorragende Mitglieder verloren, unter denen der Prediger Dr. Bisco, einer der Mitbegründer des berliner Vereines, der Pfarrer Garris in Kiel, der Superintendent Schwedt in Waltershausen zu nennen sind. Der Verein unterhält verschiedene protestantische Zeitschriften und steht mit andern in festen Beziehungen, unter denen die protestantische Kirchenzeitung, das Deutsche Protestantenblatt und die Pfälzer Zeitung die ältesten sind. Mit ausländischen liberalen Vereinen, namentlich in der Schweiz und Holland, unterhält er freundschaftliche Verbindungen. Alles allem dem Vorhaben die Erneuerung der preussischen Kirchenpolitik dem Bewusstsein begeben, daß er trotz der erlittenen Verluste hervorragender Führer, von denen wir nur Männer wie Blumhagen, E. Schwarz, R. Nothe, Schenkel nennen, in einem Viertheiljahrhunderts großartigster politischer Umwälzungen einen festen Stamm treuer Mitglieder um seine Fahne geschart hat, welche die Grundzüge des Vereines ins Leben einzuführen bemüht sind.

\* Königsberg i. Pr., 27. Sept. Ober-Regierungsratf von Stochhausen in Gumbinnen ist zum Landesdirektor von Litauen ernannt worden.

Berlin, 27. Sept. Se. M. Kanonenboot „Alis“, Kommandant Korvettenkapitän v. Gieddel, ist gestern in Swinemünde eingetroffen und beabsichtigt, am 4. Okt. wieder in See zu gehen.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— In Berlin sind die Häuser an der Schlossfreiheit einzuweihen für 6 Millionen M. angekauft worden. Der Platz soll für das Kaiser Wilhelm-National-Denkmal bestimmt sein.

— Der rheinische Provinzialausfchuss hat beim Provinziallandtag die Bemittlung von 500,000 M. aus Mitteln des Ständebundes zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. beantragt.

— Aus London wird uns berichtet: Mr. T. O. Patterson in Gnocod, ein wegen seiner archäologischen und wissenschaftlichen Leistungen bekannter Herr, schreibt in einem der Öffentlichkeits übergebenen Privatbriefe: „Ich glaube, Sie haben sich von Kröten gehört, die in Felsenhöhlen, Höhlen u. s. w. gefunden wurden, wenn der Spitzhammer des Arbeiters die Erde zerbrach. Ich habe heute eine gesehen, die am 18. d. bei einer neuen Grabungsanlage einem Kaskette entnommen wurde. Das Thierchen ist bis 30,000 Jahre her ist, als der Fall abgeteilt wurde, dann gehört die Kröte sicherlich in das eiszeitliche Alterthum.“ — Der gute Dr. Patterson scheint da von irgend einem Spatzvogel „reinelegt“ worden zu sein; die Annahme, daß Kröten 100 Jahre und älter würden, ist von Männern der Wissenschaft schon längst in das Bereich der Fabel verweisen worden.

— Im Verlage von G. Freytag & Berndt in Wien, VII., Schottentheilgasse 64, erschienen eine große photographische Portraits der Kaiser Wilhelm I., Friedrich III., Wilhelm II., ferner des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, die sich durch sehr gute Ausbuchtung auszeichnen. Der Preis jedes Bildes ist 5 M.



schichte mit der Geburt des Sohnes von ...

Mutter Moor in Schiller's Räubern. Aus einem ...

Verkehr-Droschen für vier Personen. von der ...

Engländerin. Der von Wien kommende internationale ...

Bereine und Versammlungen.

Reclamierung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit.

Die heutige zweite Sitzung begann mit der Erörterung ...

größere Bewohnerdichte, Gesundheit in Ansehung ...

Es folgte die Verhandlung über Frankfurt und ...

Den dritten und letzten Verhandlungsgang ...

Die hauswirthschaftliche Ausbildung der ...

Die Vervollständigung des öffentlichen Unterrichts ...

Die Theilnahme an diesen Fortbildungsschulen ...

Der längeren Erörterung, welche sich daran ...

Der weiteren Bearbeitung und Verabreichung ...

Es konnte der Versammlung bezüglich für die ...

so feinerichtig auf diesem Gebiete ...

Die Wahl des Centralausschusses ergab die ...

Waren- und Productenberichte.

Berlin, 27. Sept. (Amtl.) Weizen per 1000 kg ...

Table with columns for location (e.g., Hamburg, Berlin), date, and price details for various goods.

Table with columns for location (e.g., Hamburg, Berlin), date, and price details for various goods.

Berlin, 27. Sept. (Amtl.) Petroleum (Standard ...)

Preis mit 50 Pf. ... Berlin, 27. Sept. ...

Die ich in unsern jüngsten ... Berlin, 27. Sept. ...

Telegraphische Schiffsnachrichten. ...

Table with 2 columns: Description of goods (e.g., flour, oil) and prices.

Table with 2 columns: Description of goods (e.g., various oils, beans) and prices.

Table with 2 columns: Description of goods (e.g., various oils, beans) and prices.